

Das Europa von Morgen: Die spanische Vision

REDE VON IÑIGO MÉNDEZ DE VIGO, STAATSEKRETÄR FÜR DIE
EUROPÄISCHE UNION IM SPANISCHEN AUßENMINISTERIUM AUF DEM
EUROPA-FORUM DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Es gilt das gesprochene Wort!

Ich danke der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Möglichkeit, auf dieser Plattform meine Überlegungen zur Zukunft Europas aus der spanischen Perspektive heraus mit Ihnen zu teilen. Die Stiftung hat Spanien immer auf seinem europäischen Weg begleitet, angefangen bei den ersten Annäherungsschritten Spaniens an die Europäischen Gemeinschaften bis zur Gegenwart, wenn es darum geht, die großen Themen zum Aufbau Europa zu verbreiten.

Ich möchte meinem guten Freund, Hans-Gert Pöttering, danken, dass er so freundlich war, mich hierhin einzuladen. Sein Werdegang im Europäischen Parlament – zunächst als Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei und später als Präsident des EU-Parlaments – hat Spuren hinterlassen, die kaum zu übertreffen sein dürften. Hans-Gert kennt Europa so gut wie kaum jemand, er hat für Europa gekämpft und tut dies immer noch. Er ist ein Europabefürworter aus Überzeugung und von Herzen.

Heute hier in Berlin zu sprechen, hat für mich einen besonderen Stellenwert. Alle Kinder in Spanien kennen einige Verse des spanischen Dichters Antonio Machado auswendig, der, wenn er von seiner Kindheit redet, diese als „Erinnerung an einen Innenhof in Sevilla und einen hellen Garten, in dem ein Zitronenbaum reift“ beschreibt. Die

Erinnerungen meiner Kindheit sind auch spanisch, doch sie spielen anderswo. Ich könnte sagen, meine Kindheit ist eine Erinnerung an den Innenhof der deutschen Schule in Madrid. 14 Jahre besuchte ich die Schule und sie brachten mir Glück und eine aussichtsreiche Bildung. Außerdem gibt es eine sehr geliebte familiäre Verbindung mit Berlin, denn schon mein Urgroßvater väterlicherseits, Felipe Méndez de Vigo, und mein Urgroßvater mütterlicherseits, Francisco de Icaza, dienten ihrem jeweiligen Land, Spanien und Mexiko, in dieser Stadt.

Meine Damen und Herren,

Für eine Analyse der Zukunft der Europäischen Union ist es unabdingbar, Bezug auf die Wirtschafts- und Finanzkrise zu nehmen, denn sie gefährdet die Union als Ganzes. Es erscheint jedoch paradox, dass die wirtschaftliche Perspektive die Europadebatte dominiert, wenn wir bedenken, dass die Wirtschaftsexperten die ersten waren, die von der Krise überrascht wurden. Eine Krise, die meiner Meinung nach die wohl schwerwiegendste ist, der sich das Projekt für den Aufbau Europas seit ihren Anfängen vor mehr als 60 Jahren stellen muss.

Um nicht zu falschen Lösungen zu greifen, muss die Diagnose stimmen. Die erste zu klärende Frage ist die nach dem Ursprung dieser Krise. Nach vorherrschender Meinung

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

IÑIGO MÉNDEZ DE VIGO

18. März 2013

www.kas.de

beschränkte sich die aus den USA als Folge des Zusammenbruchs von Lehman Brothers importierte Krise auf bestimmte EU-Mitgliedsstaaten, deren Wirtschaft ernsthaft aus dem Gleichgewicht geraten und deren Wettbewerbsfähigkeit geschrumpft waren. Daraus folgte man als Lösung, dass die betroffenen Länder ihre Wirtschaft wieder in den Griff zu kriegen hätten und Europa danach seine Schwierigkeiten überwinden würde.

So lautete die Analyse, die wir vorfanden, als im Dezember 2011 die spanische Volkspartei Partido Popular die Regierung in Spanien übernahm. Von Anfang an bemühte sich meine Regierung darum klarzustellen, dass sich die Analyse wegen ihrer Unvollständigkeit als falsch erwiesen habe. Nach unserer Einschätzung war Europa von einer tiefgreifenden Krise erfasst, die hauptsächlich – ohne dabei die wirtschaftlichen Gründe zu leugnen – auf die Zweifel über die Wirtschafts- und Währungsunion und besonders über die Irreversibilität der gemeinsamen Währung zurückzuführen war. Da das Problem ein politisches war, so musste doch auch die Lösung politischer Natur sein.

Daher nun gründete sich die Vision der spanischen Regierung auf zwei entscheidende Ideen: Verantwortung und Kohäsion. Entsprechend dem ersten Leitmotiv müssen wir dem Euroraum glaubhaft machen, dass wir vertrauenswürdige Partner sind und unsere Zusagen einhalten. Dass wir die Maßnahmen, deren Durchführung unumgänglich ist, eindeutig identifiziert haben und dass wir sie mit Entschiedenheit durchsetzen werden und zwar unermüdlich, egal, welche Schwierigkeiten sich uns dabei in den Weg stellen. Im Gegenzug dazu hoffen die Mitgliedsstaaten, die wir uns auf eine Dynamik von weitreichenden Strukturreformen und Anpassungen eingelassen haben, auf die Unterstützung der anderen Partner und Institutionen, damit die Anstrengungen und Opfer, die wir bringen, nicht auf Kosten der Kohäsion vonstattengehen, die ein grundlegender Wert der Europäischen Union ist. Eine Kohäsion, die im Rahmen des Binnenmarktes zudem die Gesamtheit der Europäischen Union begünstigt. Dies sollte nun genauso geschehen wie zum Beispiel beim großen

Abenteuer der Erweiterung der EU um die Demokratien im Süden, Zentrum und Osten von Europa. Damals zeigte sich die Union großzügig in ihren Kohäsionsbemühungen, die durch die Anregung ihres Zusammenwirkens die neuen Partner begünstigten, sich aber auch positiv auf die Gründungsstaaten auswirkten, nämlich dank der Öffnung der Märkte, die sich zunehmend günstiger und mit steigender Nachfrage nach ihren Gütern und Dienstleistungen erwiesen.

Daher halte ich persönlich die Erklärungen des deutschen Finanzministers, Wolfgang Schäuble, für angebracht, wenn er über die Möglichkeit spricht, dass die Löhne in Deutschland schneller steigen könnten als in anderen Ländern der Europäischen Union, und man damit dazu beitragen könnte, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte unter den Mitgliedsstaaten zu verringern. Letztendlich geht es um die Zweckmäßigkeit, die Drehzahl des deutschen Motors zu erhöhen.

Vor gerade einmal zehn Jahren war Deutschland „Europas Patient“. Damals haben wir anderen Länder die Karre der europäischen Wirtschaft gezogen. Und wir taten dies, weil wir wussten, dass das europäische Abenteuer einer Fußballmannschaft ähnelt, bei der nicht die Einzelleistungen zählen, sondern die Arbeit im Zusammenspiel. Ich sage das nicht ohne Grund – komme ich doch aus einem Land, in dem Leo Messi und Cristiano Ronaldo spielen: um die Champions League zu gewinnen, reicht es nicht, große Stars zur Verfügung zu haben, es braucht schon einen großen Zusammenhalt an sich.

Damit Europa Erfolg hat, reicht es nicht, dass es dem einen oder anderen Land gut geht. Uns allen zusammen muss es gut gehen. So und nicht anders lautet das Erfolgsrezept.

Meine Damen und Herren,

Verantwortungsbewusstes Handeln hieß für die Regierung von Spanien, eine Strategie anzuwenden im Rahmen der Stabilität, die sich ihr in den vier Legislaturjahren mit starker parlamentarischer Mehrheit und der Un-

terstützung durch die Mehrheit der ebenfalls von der Partido Popular regierten Autonomen Gemeinschaften, der spanischen Bundesländer sozusagen, bieten. Diese Strategie beinhaltet drei Vorgehensweisen:

Als erstes die Reduzierung eines unhaltbaren Haushaltsdefizits, das beinahe zu einem Ausschluss Spaniens vom Kapitalmarkt geführt hätte. Seit Ende 2011 ergriff die Regierung eine Reihe von Maßnahmen, die darauf abzielten, einerseits die öffentlichen Ausgaben zu verringern und andererseits die Steuereinnahmen zu erhöhen. Die Rezession der europäischen und auch spanischen Wirtschaft hat eine Umsetzung der von den Reformen angestrebten Ziele noch zusätzlich erschwert. Trotz alledem verkündigte die spanische Regierung vor Kurzem, genau gesagt am 27. Februar, dass sich das Staatsdefizit 2012 auf 6,7 % des Bruttoinlandsprodukts belief. Das sogenannte strukturelle Primärdefizit war dabei auf 3,5 % zurückgegangen – eine Anpassung ohne Beispiel in der Geschichte der spanischen Wirtschaft und sogar innerhalb der OECD-Länder. Zu diesem Erfolg hat auf direktem Wege das Gesetz zur Haushaltsstabilität und finanziellen Nachhaltigkeit beigetragen, das wiederum auf die Verpflichtungen zurückgeht, die Spanien als Vertragspartner des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion – besser bekannt als Fiskalpakt – eingegangen ist. Die neuesten, mir vorliegenden Informationen weisen darauf hin, dass die Politik der spanischen Regierung einen Anstieg der Einnahmen um mehr als 11,5 Milliarden Euro möglich gemacht hat. Das heißt, unter äußerst schwierigen Umständen hat die Regierung Entschlossenheit und Ehrgeiz unter Beweis gestellt.

Die zweite Vorgehensweise bezieht sich auf das spanische Finanzsystem. Es ist Schlüsselement für den Fluss von Geldern und damit auch für Investitionen, Wirtschaftswachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen. Die spanische Regierung hat sich umfassend dafür eingesetzt, die Reform des Finanzsektors voranzutreiben, um die gravierenden Probleme eines Teils davon – betroffen waren 30 % – zu lösen, die das Gesamtsystem beeinträchtigten, obgleich die

große Mehrheit der Finanzinstitutionen gut und solvent aufgestellt waren. Für Spanien auf sich allein gestellt wäre es sehr schwer geworden, dies zu schaffen. Glücklicherweise konnten wir auf die Hilfe der Europäischen Union und der Europäischen Zentralbank zählen. Ich möchte diesen Akt der Unterstützung der Kohäsion besonders betonen, denn allzu oft versucht man in meinem Land, die Europäische Union als unerbittlichen Kontrolleur darzustellen, der lediglich Kürzungen und Anpassungen verordnet. In Wirklichkeit ist es aber so, dass der beschädigte Teil des spanischen Finanzsystems über den Europäischen Stabilitätsmechanismus eine Kapitalspritze von 40 Milliarden Euro erhalten hat. Auf dieser Grundlage hat sich Spanien ein stabiles und lebensfähiges, solventes und transparentes Finanzsystem gegeben.

Die dritte Vorgehensweise der Regierung war der Impuls von Strukturreformen in Spanien. Als Mitglied des Euroraums kann Spanien nicht wie vor Jahren Einspruch gegen die falsche Lösung der Abwertung seiner Währung erheben. Allerdings ist die Notwendigkeit, unserer Wirtschaft mehr Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit zu verleihen, unumgänglich und die Strukturreformen sind der einzige Weg, die nötige Umgestaltung der spanischen Wirtschaft zu erreichen. Es geht um den Zuwachs der Wettbewerbsfähigkeit, um so Wachstum mit weniger externer Finanzierung zu ermöglichen. Zu diesem Zwecke haben wir eine tiefgreifende Arbeitsmarktreform eingeleitet,

- die darauf abzielt, die Verfügbarkeit der Arbeiter zu verbessern,
- die Schaffung stabiler Arbeitsplätze zu vereinfachen,
- die interne Flexibilität zu erhöhen, um die massive Vernichtung von Arbeitsplätzen zu vermeiden,
- und die Tarifverhandlungen an die Realität der betroffenen Unternehmen und Branchen anzunähern.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

IÑIGO MÉNDEZ DE VIGO

18. März 2013

www.kas.de

Die Regierung von Spanien hat auch die Strategie zur Förderung von Unternehmensgründungen und Arbeitsplätzen für junge Menschen 2013-2016 beschlossen in der Absicht, die Jugendgarantie in Spanien umzusetzen. Elf der fünfzehn radikalen Maßnahmen dieser Strategie zur Verringerung der Arbeitslosenzahlen unter Jugendlichen in Spanien sind bereits in Kraft getreten, nachdem am 22. Februar 2013 der Ministerrat das Königliche Dekret mit Gesetzesrang Nr. 4 über die Hilfsmaßnahmen für Unternehmensgründungen und den Ansporn von Wachstum und Arbeitsplatzschaffung verabschiedet hat. Zu diesen Maßnahmen zählen unter anderem:

- ein einheitlicher Sozialversicherungsbeitrag von 50 Euro für neue Selbständige unter 30 Jahren während der ersten sechs Monate ihrer Selbständigkeit,
- die Kapitalausstattung von bis zu 100 % der Arbeitslosenunterstützung bei Aufnahme einer unternehmerischen Tätigkeit,
- sowie eine Reihe von Anreizen für die Anstellung junger Menschen.

Diese Maßnahmen gelten, bis die Arbeitslosenquote unter 15 % sinkt.

Weitere Strukturreformen, die in Spanien in Angriff genommen wurden, sind Reformen im Bereich der Bildung, Energie, Markteinheit, sowie der Rationalisierung und Vereinfachung der Verwaltung. Und wir bereiten eine zweite Generation von Reformen zur Ankurbelung der Wirtschaft vor (Reformen im Bereich des Steuerwesens und der Unternehmensfinanzierung, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen).

Wie der finnische Minister für Europäische Angelegenheiten, mein guter Freund Alex Stubb, gerne zu sagen pflegt: „Jeden Freitag beschließt der spanische Ministerrat Reformen, Reformen und Reformen“.

Meine Damen und Herren,

auch wenn wir den Tag nicht vor dem Abend loben wollen, denn wir sind uns durchaus bewusst, dass es ein langer Weg

ist, wir noch weit von unserem Ziel entfernt sind und sechs Millionen Arbeitslose auf uns hoffen, so hat dieses Wirken der Regierung, das in meinem Land wegen seiner Schnelligkeit und Reformintensität seinesgleichen sucht, doch begonnen, erste Früchte zu tragen.

Der Finanzsektor ist allmählich wieder in der Lage, Unternehmen und Privathaushalte über die Kreditvergabe mit Geld zu versorgen.

Das Staatsdefizit wurde drastisch reduziert.

Das Vertrauen und die Einschätzung der spanischen Wirtschaft seitens der Institutionen und internationalen Märkte verbessern sich.

Von Juli bis November 2012 hat die Leistungsbilanz einen Überschuss erzielt. Dies scheint mir deutlichster Indikator für die Genesung der spanischen Wirtschaft.

Die Schulden von Unternehmen und Privathaushalten sind zurückgegangen.

Die spanische Börse hat als Investitionsstandort an Attraktivität gewonnen.

Die spanische Tourismusbranche fährt Rekordzahlen ein. Spanien wird hinter den USA zum zweit beliebtesten Reiseziel der Welt.

Die Abstände von spanischen Staatsanleihen gegenüber deutschen Bundesanleihen sind auf etwa 320 Basispunkte zurückgegangen und liegen somit auf dem niedrigsten Stand der letzten 12 Monate und weit unterhalb der gut 630 Punkte, die im Juni 2012 erreicht wurden.

Die spanische Staatskasse hat es zudem geschafft, dass bei den Auktionen von Staatsanleihen die Nachfrage weit über die gesetzten Ziele hinausgeht.

Und niemand, selbstverständlich auch die Regierung nicht, spricht mehr von einer Rettung Spaniens.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

IÑIGO MÉNDEZ DE VIGO

18. März 2013

www.kas.de

All dies bekräftigt, dass die Grundlagen für die Erholung von Wachstum und Arbeit geschaffen werden.

Meine Damen und Herren,

Vor etwas über einem Jahr war die zweite Maxime, die in Europa vorherrschte, dass die Anpassungsverordnungen für eine Bewältigung der Krise ausreichen würden. Heute sind wir uns in der Europäischen Union einig, dass es trotz der absoluten Notwendigkeit, die Defizite zu reduzieren, unumgänglich ist, wieder ein robustes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu schaffen. Und genau diese Idee steckte hinter dem Schreiben vom 20. Februar 2012, das der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy und andere Regierungschefs der Europäischen Union an die Präsidenten von Europäischer Rat und Kommission übersandte und in dem sie einen Plan für mehr Wachstum in Europa vorgelegt haben. Das Schreiben enthielt acht Vorschläge zur Modernisierung der europäischen Wirtschaft mit der Zielsetzung, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und die makroökonomischen Ungleichgewichte zu korrigieren. Basierend auf diesem Schreiben war es im März 2012 der Europäische Rat, der als erster die Notwendigkeit der Haushaltsanpassung mit der Umsetzung von wachstumsfördernden Maßnahmen und damit der Schaffung von Arbeitsplätzen verband.

Heute ist es offensichtlich: ohne wirtschaftliches Wachstum kein Ende der Rezession in Europa und auch nicht in Deutschland, was sich in der Abschwächung des Wirtschaftswachstums aufzeichnet, die heftiger ausfällt, als für das letzte Quartal 2012 vorgesehen. Die gegenseitige Abhängigkeit in der Europäischen Union liegt auf einem sehr hohen Niveau und deshalb müssen wir Mitgliedsstaaten gemeinsam den Weg aus der Krise finden.

Anfang Juni letzten Jahres schlüsselte Ministerpräsident Rajoy in einem Schreiben an die Präsidenten von Europäischer Rat und Kommission einen Plan auf, den sich die Europäische Union zu eigen machen sollte. Dieser Plan gibt die Vision der spanischen Regierung von der Zukunft Europas wieder

und gliedert sich in fünf Punkte: 1. Reduzierung des Staatsdefizits. 2. Strukturreformen der Mitgliedsstaaten. 3. Reformen innerhalb der Union. 4. Stabilisierung der Finanzmärkte, hauptsächlich über die Europäische Zentralbank. Und 5. Als Zielsetzung die Schaffung einer tatsächlichen Wirtschafts- und Währungsunion, basierend auf einer Banken- und Steuerunion.

Diese Ideen flossen in die Debatten des Europäischen Rates und dem Spitzentreffen der Euro-Länder vom 28. und 29. Juni ein, die ich als wegweisend für die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses bewerten möchte. Den Führungen der Institutionen und Mitgliedsländer gelang es anhand weitreichender Entscheidungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte, die vorherige Dynamik umzukehren, den Teufelskreis von Staatsverschuldung und Schulden im Finanzwesen aufzubrechen – dank der neu geschaffenen Möglichkeit, Banken direkt mit neuem Kapital zu versorgen und der Flexibilisierung der Bedingungen, unter denen die europäischen Stabilitätsmechanismen die in Schwierigkeit geratenen Mitgliedsstaaten unterstützen können, der Verabschiedung des Paktes für Stabilität und Arbeit und schließlich durch das Mandat an den Präsidenten des Europäischen Rates, eine konkrete Roadmap und einen verbindlichen Terminplan für die Schaffung einer wirklichen Wirtschafts- und Währungsunion aufzustellen. So konnte den Bürgern und den Märkten die feste Verpflichtung der Union und ihrer Mitgliedsländer gegenüber dem Euro und dessen Irreversibilität vermittelt werden. Oder anders gesagt: die Überzeugung, dass die Lösung der Krise und die Zukunft Europas nur in einem Mehr an Integration zu finden ist.

Im Monat Juli und vor allem auch im September löste die Europäische Zentralbank (EZB) den Europäischen Rat ab, als ihr Präsident persönlich verkündete, dass er alles für die Euro-Rettung Notwendige tun werde, und ein Programm aufstellte für den unbegrenzten Ankauf auf den Sekundärmärkten von Staatsanleihen derjenigen Länder, die zwar von Schwierigkeiten betroffen waren, aber ihre Anpassungsprogramme und Strukturreformen erfüllten – ich meine hier die

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

IÑIGO MÉNDEZ DE VIGO

18. März 2013

www.kas.de

sogenannten „Outright Monetary Transactions“. Die Ankündigung des EZB-Programms und die Glaubwürdigkeit der von der Regierung auf den Weg gebrachten Reformen führten zu einer markanten Verringerung der Abstände der Staatsanleihen, auf die ich bereits oben Bezug genommen habe.

Europa hat in den vergangenen Monaten weiter Fortschritte gemacht. Ende letzten Jahres, im Dezember 2012, bestätigte der Europäische Rat die im ECOFIN getroffene Vereinbarung über die Schaffung eines einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus im Rahmen der EZB-Struktur, der bei der Beaufsichtigung die letzte Verantwortung trägt. Dieser Aufsichtsmechanismus ist der Eckpfeiler der Bankenunion, der darüber hinaus noch mit einem einheitlichen Entscheidungsmechanismus ausgestattet werden sollte, der die nötigen Kompetenzen besitzt, mit den geeigneten Instrumenten die entsprechende Entscheidung für jede Bank zu treffen, die in einem der teilnehmenden Mitgliedsstaaten niedergelassen ist. Des Weiteren sollte ein System der Einlagensicherung aufgestellt werden.

Der Europäische Rat hat sich auf einen Fahrplan zur Umsetzung der Wirtschafts- und Währungsunion, aufbauend auf einer stärkeren Integration und Kohäsion, geeinigt. Unser Erkennungsmerkmal als Europäer bleibt weiterhin eine höchst wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft und das europäische Sozialmodell. Während des ganzen Prozesses wird die Integrität des Binnenmarktes voll und ganz respektiert werden, denn dies ist die Grundlage für alle Wachstumsimpulse. Der Fahrplan, den der Präsident des Europäischen Rats im Juni vorstellen wird, sieht auch die Möglichkeit vor, Vertragsabkommen zu Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum mit ihren jeweiligen Solidaritätsmechanismen zu beschleunigen. Außerdem befasst er sich mit den sozialen Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion.

Bei diesem Vorhaben der Europäischen Union für die Zukunft Europas ist es besonders wichtig, Rechenschaft und demokratische Legitimität für getroffene und umgesetzte Entscheidungen zu garantieren. Auf natio-

naler Ebene muss eine angemessene Beteiligung der nationalen Parlamente garantiert werden, und in den Fällen, in denen eine höhere Integration der Prozesse zur Erarbeitung von politischen Grundsätzen oder die weitere Zusammenführung von Kompetenzen der Europäischen Union angestrebt werden, muss das Europäische Parlament verstärkt beteiligt werden. Der Europäische Rat sprach sich im Dezember für die Einberufung einer Versammlung aus, an der nationale und europäische Abgeordnete gemeinsam teilnehmen sollen, um Themen zur Wirtschafts- und Währungsunion zu behandeln, eine Initiative, die auch wir unterstützen. Erlauben Sie mir aber bitte an dieser Stelle folgende Klarstellung: Die legislativen Kompetenzen der Europäischen Union müssen vom Ministerrat und dem Europäischen Parlament ausgearbeitet werden. Die nationalen Parlamente können sich über den Frühwarnmechanismus an der Kontrolle der Subsidiarität beteiligen. Es muss aber klar bleiben, wo die einen und wo die anderen zu handeln haben.

In Spanien denken wir über diese vierte Säule des Vorschlags des Ratspräsidenten Van Rompuy nach, die ich bedenkenlos als Politische Union bezeichnen kann. Wir glauben, dass die Union mit Mechanismen versehen werden muss, die dafür sorgen, dass sich die Bürger in den Entscheidungsprozessen der finanz-, haushalts- und wirtschaftspolitischen Säulen der Wirtschafts- und Währungsunion direkt vertreten fühlen. Die Bürger müssen auch über jene Instrumente verfügen, die ihnen ermöglichen, die Absichten und Ergebnisse dieser Entscheidungen bewerten und beurteilen zu können. Bei jedem Schritt auf dem Weg zu einer stärkeren politischen Einheit, wird ihre Meinung gefragt sein, mit dem Ziel einer demokratischeren Union und einer besseren Wirtschafts- und Sozialentwicklung. Verwirklicht werden wir dies zunächst im Rahmen der geltenden Abkommen. Wir werden dabei das volle Potential der bestehenden Strukturen nutzen. Auf lange Sicht gesehen können wir dann über Reformen eben dieser Abkommen nachdenken, bei denen Elmar Brok, da bin ich sicher, die gleiche wichtige Rolle wie bei allen anderen in den letzten Jahrzehnten spielen wird.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

IÑIGO MÉNDEZ DE VIGO

18. März 2013

www.kas.de

Meine Damen und Herren,

bei der Tagung des Europäischen Rates am 7. und 8. Februar kam man zu einer Einigung über den mehrjährigen Haushalt der Europäischen Union für den Zeitraum 2014 bis 2020, das andere wichtige Thema, an dem wir in den letzten Monaten gearbeitet haben. Ich persönlich bewerte das Ergebnis als sehr vernünftig. Zunächst einmal ist es positiv, dass die Union eine Einigung erreicht hat, schließlich ist dies ein weiterer Beweis dafür, dass sie in der Lage ist, die Probleme zu lösen und die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, so wie in diesem Fall, bei dem es um etwas so Wichtiges wie der Finanzierung der EU-Politik und ihrer Aktionen in den kommenden sieben Jahren geht. Positiv ist ebenfalls, dass der nächste mehrjährige Finanzrahmen (MFR) der Union die nötigen Mittel zur Verfügung stellt, damit sie die europäische Integration voranbringen kann. Selbst mit einem Einschnitt um 3% im Vergleich zum aktuell gültigen Finanzrahmen handelt es sich um ein Budget zur Modernisierung, zur Förderung des Wachstums, der Arbeitsplätze, der Wettbewerbsfähigkeit und der sozioökonomischen und territorialen Konvergenz, welches die wichtigsten Bestandteile unseres gemeinsamen Projekts sind. Als eines der wertvollsten dieser Elemente möchte ich den Fonds zur Förderung der Jugendbeschäftigung hervorheben, welcher über 6 Milliarden Euro verfügt, 3 Milliarden davon werden neues Geld sein. Die Schaffung dieses Fonds übermittelt unseren Bürgern das Signal, dass sich Europa darum kümmert die Probleme zu lösen, die sie besonders beschäftigen, und ist erneut ein gutes Beispiel für europäische Solidarität.

An diesem Punkt meiner Rede möchte ich der Bundeskanzlerin Frau Merkel unseren Dank aussprechen für das Interesse und die Unterstützung für diesen Fonds vom ersten Moment an, ein Beweis ihrer Sensibilität für dieses schwere Thema, das Europa derzeit beschäftigt.

Zum jetzigen Zeitpunkt muss noch eine Einigung mit dem Europäischen Parlament erzielt werden, das dem MFR nach den Änderungen, die im Vertrag von Lissabon ein-

geführt wurden, zustimmen muss. Elmar Brok und ich hatten etwas damit zu tun, dass diese Kompetenz nun dem Parlament obliegt. Das Europäische Parlament hat am vergangenen Mittwoch seine Erwartungen in einer in Straßburg beschlossenen Resolution geäußert. Ich vertraue darauf, dass unsere Standpunkte in gleicher Richtung verlaufen, und zwar dahingehend, unseren Haushalt flexibler zu gestalten – über die Möglichkeit, Überträge zwischen Rubriken und Geschäftsjahren vorzunehmen –, die Klausel zur Überprüfung auf halber Strecke und ein politischer Kompromiss, damit zu gegebenem Zeitpunkt das System eigener Ressourcen überdacht werden kann. Als jemand, der fast 20 Jahre Europa-Abgeordneter war möchte ich Ihnen aber sagen, dass ein Parlament, wenn es von diesem Vertrag eine solche Bedeutung zugewiesen bekommt, sehr verantwortlich handeln muss. Mein guter Freund, Präsident Martin Schulz, wird perfekt verstehen, was ich damit meine.

Auf seiner Tagung im Dezember ging der Europäische Rat auf die Bedeutung des Außenhandels als Antriebselement für Wachstum und Beschäftigung ein. Daher liegt die Zukunft der Europäischen Union darin, Anreize zu schaffen für einen freien, gerechten und offenen Außenhandel, in dem Erträge und Kosten gleichmäßig auf die verschiedenen Sektoren und Länder der Union verteilt werden. In diesem Zusammenhang ist es besonders wichtig, dass die europäischen Unternehmen einen hohen Schutz durch ihre Investoren aus Drittländern genießen.

Leider haben in den letzten Monaten spanische Firmen – und damit europäische – in Argentinien und Bolivien unter den Auswirkungen der Verschlechterung des Investitionsklimas gelitten. Es wurden sehr schädliche Enteignungen beschlossen, die sich kontraproduktiv auf die Rechtssicherheit ausgewirkt haben. Die Europäische Union muss dafür sorgen, dass für alle europäischen Unternehmen angemessene Investitionsbedingungen geschaffen werden, diese schützen und über Mittel verfügen, um gegen solche diskriminierenden oder willkürlichen Praktiken vorzugehen. In Enteignungsfällen ist für die betroffenen europäischen

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

IÑIGO MÉNDEZ DE VIGO

18. März 2013

www.kas.de

Firmen das Wichtigste, dass sie eine gerechte und schnelle Entschädigung erhalten.

Im Zusammenhang mit der Liberalisierung des Handels unterstützen sowohl Spanien als auch Deutschland die Verhandlungen über ein umfangreiches Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA. Die Bewilligung des Mandats für diese Abkommensverhandlungen ist eine der Prioritäten der irischen Ratspräsidentschaft und wird von uns vollkommen unterstützt. Es wäre ein qualitativer Sprung für die transatlantischen Beziehungen und ein sehr positiver Impuls für die Öffnung und Dynamisierung des internationalen Handels. Der Großteil der wirtschaftlichen Aktivität findet auf beiden Seiten des Atlantiks statt und dieses Abkommen könnte zur wirtschaftlichen Erholung der USA und vor allem Europas beitragen (Schätzungen sprechen von einem Wirtschaftswachstum von 2 % und der Schaffung von über 2 Millionen Arbeitsplätzen). Das Abkommen würde zu einer wirklichen wirtschaftlichen Einheit führen, die über die Abschaffung von Zöllen hinaus etwas so Wichtiges, z.B. für den Fahrzeugexport, wie die Vereinheitlichung der technischen Standards bringen würde. Wichtig ist auch, bei anderen nicht minder wichtigen Abkommensverhandlungen voranzukommen, wie mit Japan, Kanada, Russland und China. Die Abkommen mit anderen aufstrebenden Wirtschaftsnationen müssen ebenfalls vorangebracht werden, so z.B. mit Indien, den ASEAN- und MERCOSUR-Staaten, und auch die Freihandelsabkommen mit den Nachbarn der Europäischen Union, sowohl aus dem Mittelmeer als auch Europa, müssen ausgeweitet und vertieft werden.

Die Globalisierung ist der Schlüssel, um Europa angemessen auf die Zukunft vorzubereiten. Und wir sind gut gestellt. Innerhalb einer globalisierten Wirtschaft kann kein Mitgliedsstaat für sich allein genommen – auch solche nicht, die gegenwärtig als Schwergewichte und richtungsweisend, wie Deutschland, gelten – eine entscheidende und wegweisende Rolle spielen. Goldman Sachs hat uns daran erinnert, dass die Schwellenländer gestärkt und wirtschaftlich besser gestellt aus der ersten großen Globa-

lisierungskrise gekommen sind. 2010 war ihr Wachstum viermal so hoch wie das der hochentwickelten Länder. Laut dem Internationalen Währungsfonds wird dieser Wert in den nächsten fünf Jahren noch einmal verdreifacht werden. Vor einer Woche teilte Goldman Sachs mit, dass trotz der schlechten Wirtschaftslage in Europa, den USA oder Japan, aller Voraussicht nach das globale Bruttoinlandsprodukt zwischen 2011 und 2020 um 4,1 % steigen wird. Der Motor für dieses Wachstum werden die größeren aufstrebenden Wirtschaftsnationen sein. Goldman Sachs zeigt grafisch auf, dass im Jahr 2011 Brasilien, Russland, Indien und China – die so genannten BRICs – ein BIP wie Italien generierten. Betrachtet man das BIP, bringt China ein Griechenland in zwölftehalb Wochen hervor. Von 2010 bis heute hat China ein Indien hervorgebracht.

Meine Damen und Herren,

auf dem Weg der Europäischen Union durch die kommenden Jahre dürfen wir nicht auf einen gewissen Idealismus und Wagemut verzichten. Die Zeiten, in denen wir Leben – geprägt durch die Globalisierung sowie die technologische und kommunikationstechnische Revolution – bieten viele Möglichkeiten, die wir unbedingt nutzen müssen. Wie Friedrich Hölderlin in seinem hoffnungsvollen Gedicht sagt: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch“. Die Gründerväter der verschiedenen Gemeinschaften, unter ihnen auch Konrad Adenauer, glaubten an die Utopie und verwarfen dabei vorgefertigte Ideen für innovative Formeln. Mit ihrem Handeln verwirklichten sie die Maxime von Lamartine, für den „les utopies ne sont souvent que des vérités prématurées“.

Seine Visionen für Europa bieten uns heute viele Ansätze, um unser Projekt zur europäischen Einigung neu aufzulegen.

In erster Linie muss die Zukunft Europas weiterhin eng verbunden sein mit den Grundprinzipien der Union, nämlich der Freiheit, Demokratie, Gleichheit, dem Rechtsstaat und dem Schutz der Menschenrechte.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

IÑIGO MÉNDEZ DE VIGO

18. März 2013

www.kas.de

An zweiter Stelle müssen wir uns auf eine wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft zubewegen, die gleichzeitig die Ziele der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsionspolitik umfasst. Dafür müssen wir die Strategie Europa 2020 befolgen und für ein nachhaltiges, innovatives und solidarisches Wachstum sorgen, damit das europäische Sozialmodell beibehalten werden kann, denn es ist schließlich unser Identitätsmerkmal.

Zu guter Letzt, und dies ist wahrscheinlich das Wichtigste, müssen wir die Unterstützung und Teilnahme der Bürger am europäischen Projekt zurückgewinnen. Die Bürger müssen davon überzeugt sein, dass sie die Hauptdarsteller sind und dass sich Europa um ihre Bedürfnisse kümmert. In Deutschland und Spanien haben wir das Glück, auf die europafreundlichste öffentliche Meinung zu treffen, wir dürfen aber nicht vergessen, dass in anderen europäischen Mitgliedsstaaten eine besorgniserregende Distanzierung von den europäischen Angelegenheiten stattfindet und dass nichts garantiert ist, wenn die Bürger nicht klar erkennen können, was Europa für sie tut. Wie ein großer spanischer Europabefürworter, Salvador de Madariaga, zu sagen pflegte: „Europa wird nicht Realität werden bis es nicht im Bewusstsein der Menschen der Fall ist.“

All dies wird nur möglich sein, wenn wir uns entschieden für eine stärkere Einigung einsetzen, auf der Grundlage der Verantwortung und des Zusammenhalts. Das Endergebnis dieses Prozesses wird aus einem Abkommen hervorgehen, an dem alle europäischen Staaten, die dies wünschen, mit der Unterstützung ihrer Bürger beteiligt sein werden. Niemand wird Zeiträume, Art und Weise oder Bedingungen festlegen.

Die, die wir an Europa glauben, müssen kritisch diesem Europa gegenüber und seinen Entscheidungen sein, wenn wir diese als unzureichend oder enttäuschend empfinden. Wie wenn wir unsere Kinder rügen, wenn sie in der Schule keine guten Noten bekommen, so müssen wir auch Europa gegenüber kritisch sein, wenn es die Erwartungen seiner Bürger nicht erfüllt.

Die, die wir an Europa glauben, müssen es mit Bestimmtheit und überzeugenden Argumenten verteidigen, stets mit der doppelten Absicht neue Mitglieder zu gewinnen, die unsere Vision von Europa zunächst einmal nicht teilen, und zu erreichen, dass anfängliche Prioritäten einiger Weniger zu einem gemeinsamen Ziel und gemeinsamer Politik heranwachsen.

Meine Damen und Herren,

Am 16. Februar 1967 hielt Konrad Adenauer eine Ansprache im Ateneo in Madrid, die er mit folgenden Worten begann: „Über europäische Geschichte, über europäische Kultur zu sprechen, würde gerade in Spanien so verlockend sein, weil Spanien eine große Geschichte hat, weil es Jahrhunderte hindurch mit den übrigen europäischen Ländern durch Politik, durch Kunst und Kultur auf das engste verbunden war, weil es europäische Kultur weithin ausgestrahlt hat.“ Dafür hat Spanien stets enorme Kraft investiert, war aber nicht immer erfolgreich, weshalb ein anderer Friedrich, diesmal Nietzsche, folgendes über mein Land sagte: „Spanien ist ein Land, das zu vieles sein wollte.“

Im Europa des 21. Jahrhunderts hat sich Spaniens Horizont erweitert. Mehr und besser sein, lautet die Devise. Es möchte es allerdings nicht alleine tun. Es hat den festen Willen, dieses Vorhaben mit Stolz, Überzeugung und Bestimmtheit zusammen mit allen unseren europäischen Partnern der Union umzusetzen, unser gemeinsames Ziel.

Vielen Dank